

**Stefan Heinz**

**Zum Bildungs- und Erinnerungsauftrag der DGB-Gewerkschaften**

**Rede zur Eröffnung der Ausstellung**

**„Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht  
hereinbricht. Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933–1945“  
in Hannover am 19. März 2013**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste,

nicht zuletzt als ver.di-Mitglied möchte ich mich eingangs ganz herzlich für die Einladung durch den DGB-Hannover bedanken. Ich freue mich, heute hier zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Wie Sie wahrscheinlich alle wissen, wurden am 2. Mai 1933 die Gebäude der Einzelorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) von den Nationalsozialisten besetzt. Das Vermögen der freien Gewerkschaften wurde beschlagnahmt. Zahlreiche Funktionäre kamen in Haft, wurden gefoltert oder ermordet. Doch was sicher nicht allen bekannt ist: Bereits in den Wochen zuvor waren zahlreiche Mitglieder zu Opfern von Übergriffen durch Anhänger der NSDAP geworden – wie hier in Hannover, aber auch in vielen anderen Städten kam es zu Gewalttattacken. Nach der Ausschaltung des Parlaments, der Gleichschaltung der Länder und der Säuberungen in den Behörden war die gewaltsame Zerschlagung der ADGB-Gewerkschaften ein entscheidender Schritt bei der Festigung der Diktatur. Denn trotz vielfältiger Repressalien hatten die Mitglieder der freigewerkschaftlichen Verbände einen für die Nationalsozialisten nicht berechenbaren Machtfaktor dargestellt. Und trotz erheblicher Mitgliederverluste infolge der grassierenden Massenarbeitslosigkeit durch die Weltwirtschaftskrise waren die Verbände bis zuletzt die größten Gewerkschaften der Welt.

Zwar hatten einige führende Gewerkschaftsfunktionäre angesichts der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 die Ausrufung eines Generalstreiks erwogen. Allerdings wurden diese Überlegungen angesichts schwerwiegender rechtlicher Bedenken, aber auch aufgrund der organisatorischen Schwächung der Gewerkschaften und wegen der Gefahr gewalttätiger Konflikte verworfen. Viele Gewerkschafter hofften, dass sich die Nationalsozialisten in der Regierung auf Dauer nicht durchsetzen könnten. Die ADGB-Führung appellierte an die Arbeiter, „diszipliniert“ zu bleiben. Selbst als die Verfolgung von Vertretern der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im Frühjahr 1933 für niemanden mehr übersehbar war und es im gesamten Reichsgebiet zu regelmäßigen Übergriffen kam, konnten sich die Gewerkschaftsspitzen nicht zu größeren Widerstandshandlungen durchringen. Durch die Betonung ihrer – Zitat – „nationalen Verantwortung“ versuchten sie, sich mit dem Regime zu arrangieren und ihre Organisationen zu erhalten.

Ja, man erklärte sich vonseiten der ADGB-Spitze mit staatlichen Eingriffen in das bereits infolge der Notverordnungspolitik destabilisierte Tarifvertragssystem einverstanden. Die ADGB-Führung stellte eine engere Zusammenarbeit mit den Unternehmern in Aussicht und zeigte mehr und mehr die Bereitschaft, die Tätigkeit der Gewerkschaften auf die Vertretung sozialer Interessen zu beschränken. Gleichzeitig distanzieren sich nicht wenige höhere Funktionäre vom Parteienpluralismus und erklärten ihre Zustimmung, die bisherige Bindung zur SPD zu lösen. Doch sämtliche Versuche, sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren, konnten die Organisationen nicht „retten“. Die Politik demokratischer Gewerkschaften, die sich ihre Koalitionsfreiheit und den Kernbereich ihrer Arbeit nicht nehmen lassen wollten, stand in Widerspruch zur Gleichschaltungspolitik, wie sie von der NSDAP betrieben wurde. Da half auch keine „nationalistische“ Anpassung, um es unkonventionell auszudrücken.

Hatten die Gewerkschaftsvorstände ihre Mitglieder noch Ende April 1933 zur Teilnahme an den von der NSDAP veranstalteten Feiern zum „Tag der nationalen Arbeit“ am 1. Mai aufgefordert, der erstmals zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden war, stürmten nur einen Tag später Anhänger der SA und der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) die Einrichtungen der freien Gewerkschaften. Die Organisationen wurden generalstabsmäßig zerschlagen. Ein Trauma für die politische und dabei zutiefst gesplante Arbeiterschaft. An die Stelle der freien Gewerkschaften trat die als gemeinsamer Verband von Arbeitnehmern und Arbeitgebern neu gegründete Deutsche Arbeitsfront (DAF). Bis Ende Juni

1933 wurden auch die christlichen und liberalen Gewerkschaften aufgelöst und formell in die DAF eingegliedert. Die DAF war explizit keine Gewerkschaft – sie entsprach der Propaganda der „Volksgemeinschaft“. Sie verschleierte bewusst den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und vereinzelte die Arbeiterschaft im Betrieb. Die DAF wurde nicht zuletzt durch Zwangsmitgliedschaften zur Massenorganisation mit zeitweise über 20 Millionen Mitgliedern.

Angesichts der hier vorgetragenen Fakten drängt sich schnell die Annahme auf, gewerkschaftlicher Widerstand sei kaum möglich, letztlich eine Sache von sehr wenigen und damit etwas Unbedeutendes gewesen. Anlässlich des diesjährigen 80. Jahrestages der Machtübernahme der Nationalsozialisten wird auch – obgleich eher am Rande – an die Zerschlagung der freien Gewerkschaften erinnert. Zwar wächst erfreulicherweise innerhalb der DGB-Gewerkschaften wieder das Interesse, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Dennoch ist eine große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die verfolgt wurden und/oder Widerstand leisteten, in Vergessenheit geraten.

Die Auswirkungen der „Anpassungspolitik“ des ADGB im Frühjahr 1933 führen zur weitverbreiteten Annahme, es habe kaum gewerkschaftlichen Widerstand gegeben. An diese Wahrnehmung schließt sich an, dass sowohl die Quantität als auch die Qualität der Verfolgung unterschätzt werden. Da die DGB-Gewerkschaften allen Grund haben, diesen Zustand zu ändern und das Gegenteil aufzuzeigen, muss das Gedenken an die Widerständler und Verfolgten aus den Reihen der Gewerkschaftsbewegung zu einem festen Bestandteil der eigenen Erinnerungskultur werden. Diese Erinnerungskultur wird sich nicht zuletzt mithilfe eines durch Ausstellungen und Veranstaltungen zu unterstützenden Bildungsangebotes und die Förderung des Nachdenkens im Zusammenhang mit der Gegenwart entwickeln. In diesem Sinne schreitet der DGB-Hannover – etwas pathetisch ausgedrückt – geradezu mustergültig vorwärts, wie die heute beginnende Veranstaltungsreihe belegt, die Sie, verehrte Damen und Herren, in den nächsten Wochen begleiten können.

Die Ausstellung zu Gewerkschaftern in Konzentrationslagern „Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht“ – hierbei handelt es sich um ein Zitat des Hamburger Gewerkschafters Walter Schmedemann – will einen bescheidenen Beitrag leisten, den Umfang von Verfolgung und Widerstand der verschiedenen gewerkschaftspolitischen Strömungen angemessen zu würdigen. Die Ergebnisse, die in den letzten Jahren in eher

kleineren Forschungsprojekten zutage befördert wurden, erlauben eine Korrektur des geschichtspolitischen Bildes, gewerkschaftlicher Widerstand sei von randständiger Bedeutung. Denn inzwischen können zahlreiche Archivmaterialien, die lange Zeit aus verschiedensten Gründen nicht einsehbar waren, ausgewertet und für die Forschung genutzt werden. Die im Rahmen aktueller Projekte entstandene Ausstellung, die ab heute hier in Hannover präsentiert wird, ist ein „praktisches“ Ergebnis des didaktischen Konzeptes „forschenden Lernens“.

Die Ausstellung entstand im Rahmen von Lehrveranstaltungen, die von Prof. Dr. Siegfried Mielke und Prof. Dr. Günter Morsch unter Beteiligung von mehreren Studierenden und Wissenschaftlern am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin durchgeführt wurden. Ohne die finanzielle Unterstützung des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung hätte sich das Projekt nicht realisieren lassen.

Die Umsetzung neuer Projekte – z.B. zum Ausmaß und zur Intensität der Verfolgung und des Widerstandes aus den Reihen der Metall-, Post-, Transport-, Angestellten und selbst der Polizeigewerkschaften – hängt auch in Zukunft von der Unterstützung aus den DGB-Gewerkschaften ab. Denn in Zukunft werden solche Forschungen nur Wirkungen in der Öffentlichkeit entfalten können, wenn es ein Interesse innerhalb der Gewerkschaften gibt, das von den Organisationen selbst kontinuierlich gefördert werden muss – wie hier in Hannover, wo der DGB eigene biografische Beiträge zur Verfolgung auf lokaler Ebene in die Ausstellung „eingebaut“ hat. Gerade dabei erlangt die biografische Herangehensweise eine ganz besondere Bedeutung. Also nicht nur, weil mit ihr eine systematische Rekonstruktion von Widerstandsaktivitäten und Repression möglich ist, sondern auch deshalb, weil sich eine Würdigung der Akteure vor Ort anbietet.

Jede Biografie in der Ausstellung vermittelt Geschichte nicht abstrakt, sondern konkret. Nur so wird erkennbar, dass auch eine Reihe an Gewerkschaftsfunktionären, die im Frühjahr 1933 die „Anpassungspolitik“ mittrugen, nur wenige Monate später im Widerstand aktiv waren. Wenn zeitliche Phasen betrachtet werden, wird oft unterschiedliches Verhalten in ein- und derselben Person entdeckt werden können. Eigentlich logisch, wenn ein Leben in Gänze betrachtet wird – egal ob unter Bedingungen der Demokratie oder Diktatur, aber gerade bei letzterer wird dies mehr offensichtlich und bekommt eine andere Bedeutung zugeschrieben. Meist im Nachhinein. Bei der Darstellung der Einzelschicksale wird daher in der Ausstellung – und in noch

umfangreicherem Maße – im Begleitband der Versuch unternommen, die Gesamtpersönlichkeit der Gewerkschafter, ihren Werdegang vor ihrer Inhaftierung und – soweit sie die KZ-Zeit überlebten – ihr Nachkriegsschicksal ins Blickfeld zu rücken.

In einer Diskussion über die Lebenswege – und das wäre auch Ihre Aufgabe – kann herausgearbeitet werden, was die Geschehnisse der Vergangenheit – z.B. die Schwächung der Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, die Politik zwischen Anpassung und Widerstand – für die Gegenwart bedeuten. Zwar ist seit dem Ende der NS-Herrschaft viel Zeit vergangen. Zugleich fordern die Ereignisse indirekt dazu auf, danach zu fragen, was für Schlüsse aus den damaligen Erfahrungen im Hier und Heute und für die Zukunft zu ziehen sind – beispielsweise im Hinblick auf komplizierter werdende Handlungsmöglichkeiten unter den Bedingungen von aktuellen Krisen, im Hinblick auf Rechtsextremismus und Gegenstrategien sowie den Schutz vor dem Abbau von Bürgerrechten.

Wir werden es nachher sehen: Einige Gewerkschafter haben lange vor 1933 auf verschiedenen Ebenen gewarnt und darauf hingewiesen, dass eine Machtergreifung Hitlers nichts anderes als Diktatur, Willkürherrschaft und Krieg bedeutet. Es lohnt sich deshalb für jeden Besucher der Ausstellung, darüber nachzudenken, warum gerade der Arbeiter- und Gewerkschaftswiderstand – im Gegensatz zum bürgerlichen und militärischen wie von „den Männern des 20. Juli 1944“ – selten öffentlich thematisiert wird. Und dies, obwohl Gewerkschafter die ersten waren, die Widerstand leisteten. Bei ihnen war eine späte Gewissensentscheidung in der Regel gar nicht nötig, da sie nie ernsthaft mit den Nazis sympathisierten, sondern in diesen „Arbeiterfeinde“ sahen. Diese Einschätzung bildete die Triebkraft ihres Handelns. Auch dies belegen Biografien – insbesondere von Metallgewerkschaftern, die im Widerstand waren wie Max Urich. Sein Werdegang als Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) in Berlin schließt die Thematisierung von Ereignissen in der Endphase der Weimarer Republik ein. Bereits ab dem Jahr 1930 wurde von staatlicher Seite der Anspruch auf demokratische Teilhabe gewerkschaftlicher Interessenvertretungen unterlaufen, da die Löhne mehrfach faktisch per „Notverordnung“ gesenkt wurden. Hinzu kam die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterschaft, auf die seine, aber auch viele andere Biografien verweisen wie z.B. die des KPD-Anhängers und RGO-Funktionärs Rudolf Lentzsch. „Ohne Demokratie ist Diktatur“, so lautet der Titel der Veranstaltungsreihe des DGB-Hannover anlässlich des 80. Jahrestages der Zerschlagung der Gewerkschaften. Doch die Diktatur kam nicht über Nacht. Und dies hatte vielfältige Gründe.

Die Wirtschaftskrise zum Ende der Weimarer Republik und die damalige Massenarbeitslosigkeit haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass ein Gemeinwesen soziale Sicherheit bieten muss. Denn Lebensverhältnisse, die als ausgrenzend empfunden werden, verschaffen undemokratischen Positionen Zulauf. Was vor 80 Jahren gesamtgesellschaftlich versäumt wurde, darf sich nicht wiederholen. Die DGB-Gewerkschaften gehören zu den gesellschaftlichen Kräften, die authentisch vermitteln können, wo eine Entwicklung hinführen kann, wenn sozialpolitische Grundsätze missachtet werden und die Würde von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Erwerbslosen mit Füßen getreten wird.

Bei der Thematisierung von Verfolgung und Widerstand aus den Gewerkschaften ist zudem eine Anknüpfung an die berufliche Erfahrungswelt gerade von jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern möglich, indem nach der Rolle und der Relevanz von Verfolgung und Widerstand in einzelnen Berufsgruppen gefragt wird. Dadurch erhöht sich nicht nur das Interesse, sondern es rücken Entscheidungsmöglichkeiten Einzelner im beruflichen Alltag ins Zentrum der Debatte. Entscheidungen, einzugreifen, etwas zu tun. Oder eben nicht.

In diesem Zusammenhang bietet sich auch an, insbesondere auf den heute fast vergessenen Beitrag von Gewerkschaftern einzugehen, die es geschafft hatten, sich in Sicherheit zu bringen und im Exil sozialpolitische Programme für eine Nachkriegsordnung Deutschlands entwarfen. Sie versuchten, ihren früheren Mitstreitern zu vermitteln, dass ein demokratischer Neuanfang auf Dauer nur gelingen kann, wenn er von Bürgerinnen und Bürgern getragen wird, die sich mitverantwortlich für die Grundregeln der Gesellschaft fühlen. Diese Notwendigkeit immer auf Neue ins Bewusstsein zu rufen und durch das eigene Beispiel zu bezeugen, war ein Anliegen dieser Gewerkschafter. Gemeinsam mit anderen Widerständlern und Verfolgten ermöglichten sie den zügigen Neuaufbau der Gewerkschaften nach Kriegsende.

Nicht erst die jüngste Geschichte zeigt, wie wichtig es gerade angesichts krisenhafter Entwicklungen ist, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisieren und ihre Interessen solidarisch durchsetzen. Eine spürbare Politikverdrossenheit, die Zunahme von Rechtspopulismus und neonazistischen Einstellungen sollten aufrütteln. Durch die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und dem Blick auf Entwicklungen in der Gegenwart kommt den DGB-Gewerkschaften eine zentrale Aufgabe bei der Erhaltung der

demokratischen Kultur zu.

Die Gewerkschaften sollten noch viel häufiger die Chance ergreifen, sich gerade jetzt mit ihrer Vergangenheit – souverän mit ihren Stärken, ihren Schwächen und den dafür verantwortlichen Gründen – zu beschäftigen. Auf diese Weise helfen sie den Mitgliedern, sich angesichts antigewerkschaftlicher Kampagnen sowie teils einseitiger Geschichtsdebatten zu orientieren. Es gilt auch, den historisch erkämpften Wert der Möglichkeit einer gewerkschaftlichen Organisierung offensiver zu vermitteln.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sagte vor einigen Jahren, dass die Auseinandersetzung mit der Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 – Zitat – „immer wieder den erschütternden Anlass für das Gedenken“ an die Gewerkschafter bilden soll, die „dem Zivilisationsbruch [...] des Nationalsozialismus zum Opfer fielen“. Und weiter: „Für Demokratie, individuelle Menschenrechte, Freiheit“ sowie demokratische Gewerkschaften im Alltag einzutreten, gehöre zu den Konsequenzen schmerzvoller Erfahrungen. Nehmen wir alle diese Aufgabe ernst!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Und nun möchte ich Sie gern zu einem Rundgang durch die Ausstellung einladen.

Es gilt das gesprochene Wort!

*Hinweis auf Ausstellungskatalog:*

*Siegfried Mielke/Günter Morsch (Hrsg.): „Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht.“ Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933–1945. Begleitband zur Ausstellung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, der Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik der FU Berlin und der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin 2011: Metropol Verlag.*

**Dr. Stefan Heinz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle „Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik“ am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin (Kontakt: stefan.heinz@fu-berlin.de)**